

Neues Deutschland

28.01.2010 / Wirtschaft/Soziales / Seite 10

Mundgesundheit künftig gegen Bares

Zahnärzte wollen Festzuschüsse und Kostenerstattung ausweiten / Patientenvertreter besorgt

Von Silvia Ottow

Festzuschüsse der Krankenkassen zu bestimmten medizinischen Leistungen sowie die Einführung der Kostenerstattung für Zahnarztbehandlungen stehen ganz oben auf der Wunschliste der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung (KZBV) an die Politik. Für Patienten dürfte beides Nachteile mit sich bringen.



Zahnbehandlung demnächst gleich in der Praxis bezahlen?

Foto: dpa

Schwarz-Gelb sei ein gutes Wahlergebnis für die Zahnärzte, hatte der Vorsitzende des Vorstandes der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung (KZBV), Dr. Jürgen Fedderwitz, vor einigen Monaten gesagt. »Wir brauchen mehr Selbstverantwortung und Freiheit im Gesundheitswesen.« Auf dem Neujahrsempfang der KZBV am Dienstag in Berlin bekräftigten die Zahnärzte denn auch diese Position und gaben der Hoffnung Ausdruck, dass die jetzt in Regierungsverantwortung agierenden ehemaligen Oppositionspolitiker sich für sie und ihr Positionspapier »Perspektive Mundgesundheit« engagieren.

Die Ausweitung des Festzuschussystems ist so ein Anliegen in dem Papier. Seit 2005 gelten für den Zahnersatz feste Summen, die ein Versicherter als Zuschuss für eine sogenannte Regelversorgung – beispielsweise ein Brücke – bekommt. Wählt er eine andere Verblendung oder gar ein Implantat, die ihn teurer kommen können, bekommt er auch nur diesen festen Satz. Aus Sicht vieler Zahnärzte ist dies positiv zu bewerten, weil der Versicherte die Freiheit hat, die innovativste Methode zu wählen. Reiner Kern von der KZBV weist ausdrücklich darauf hin, dass dieses System niemanden ausgrenzt und den Weg zum wissenschaftlich-technischen Fortschritt offen lässt. Aus Sicht der Kritiker zahlt der Versicherte drauf. Eine Reduktion des Versorgungsniveaus bei gleichzeitiger Erhöhung der Kosten befürchtet die Deutsche Gesellschaft für Versicherte und Patienten. Deren Präsident Wolfram-Arnim Candidus warnt vor einer weiteren Privatisierung der zahnmedizinischen Versorgung und damit auch vor einer Über- oder Fehlbehandlung je nach Finanzlage des einzelnen Bürgers. Schon heute sei die Tendenz zur Unterversorgung der Zähne bei sozial Schwachen und Pflegebedürftigen feststellbar. Die Politik könnte die Vorschläge der KZBV aufgreifen, befürchtet er. Im Koalitionsvertrag heißt es dazu: »Deshalb wollen wir die Möglichkeiten der Kostenerstattung ausweiten.«

Auch die Kostenerstattung – man könnte auch Barzahlung sagen – wird im Zahnärztepapier thematisiert. Dass die finanzielle Vorleistung des Patienten, wie Reiner Kern unterstreicht, sehr positiv und keineswegs patientenfeindlich zu bezeichnen sei, glauben indes nicht alle Gesundheitsexperten, am allerwenigsten die aus der Opposition. Martina Bunge von der Linkspartei vergeht angesichts solcher Pläne das Lachen, wie sie den Zahnärzten am Dienstag in Berlin erklärte, und die grüne Gesundheitspolitikerin Birgitt Bender fragt sich, was es letztendlich auch für die Zahnärzte in einkommensschwachen Gegenden bedeuten würde, wenn das Sachleistungsprinzip ausgehebelt wird. Dieses Prinzip ermöglicht auch jenen Menschen ärztliche Behandlung, die wenig oder kein Geld in der Tasche haben. Und das werden bekanntlich immer mehr.

URL: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/163898.mundgesundhe-kuenftig-gegen-bares.html>